2021

BERLINER WAHLPROGRAMM

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!

DKP BERLIN

Deutsche Kommunistische Partei

Schluss mit dem Ausverkauf!

Krise und Pandemie haben eindrücklich gezeigt, wer in solchen Situationen die Zeche bei uns zahlt: Es sind die arbeitenden Menschen, die Lohnabhängigen die kleinen Gewerbetreibenden, die Soloselbstständigen. Für zehntausende Berlinerinnen und Berliner bedeutet die Krise Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder Insolvenz. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Berlin sind im vergangenen Jahr um 35 Prozent gestiegen, unter Jugendlichen und unter Menschen mit Migrationshintergrund sogar um 40 Prozent. Viele kleine Läden, Restaurants, Kneipen werden auch nach den Lockdowns für immer geschlossen bleiben. Vielen Menschen geht vor dem Ende des Monats das Geld aus. Bereits seit Jahren sind in Berlin mehr Menschen von Armut betroffen als in den meisten anderen Bundesländern.

Für andere bedeutet Corona mehr Arbeit, Stress und entgrenzte Arbeitszeiten. Sie drängeln sich auf dem Weg zum Betrieb in vollen Bahnen oder arbeiten zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten im Home-Office. Unzählige Eltern müssen sich immer wieder darum kümmern, ihren Kindern zu Hause den Schulstoff zu vermitteln.Während finanzielle Hilfen für Familien oder kleine Gewerbetreibende kärglich oder gar nicht fließen, ist die Unterstützung der Monopole grenzenlos, und selbst die Lohnzahlungen in Form von Kurzarbeitergeld mussten zum großen Teil von der Arbeiterklasse getragen werden. In der Pandemiebekämpfung wurde strikt unterschieden zwischen Arbeits- und Privatbereich. Während der Staat fast alle Vorsichtsmaßnahmen dem einzelnen Bürger verordnete, wurden die Unternehmen allenfalls höflich gebeten. Die Risiken im Arbeitsbereich wurden gar nicht erst untersucht. Profite sind tabu.

Die Wirkung der „Schuldenbremse“, die die Kommunen dazu zwingen soll, den Öffentlichen Dienst herunterzufahren und Bereiche der Daseinsvorsorge zu privatisieren, zeigte sich besonders schmerzhaft im Gesundheitswesen. Gesundheitsämter waren schlecht ausgerüstet und völlig überfordert. Für die Beschäftigten im Gesundheitswesen stieg die Belastung über alle Maßen an, insbesondere bei Vivantes und der Charité, die zu den größten Betrieben Berlins gehören. Denn selbst kommunale bzw. öffentlich-rechtlich geführte Krankenhäuser sind angehalten, Gewinne zu „produzieren“.

Dagegen fordert die DKP:

Schluss mit dem Ausverkauf!
Wir sagen:
„Wir zahlen nicht für ihre Krise!“

Keine Rendite mit der Miete - Wohnen ist ein Menschenrecht!

Der „Berliner Mietendeckel“ war ein schwaches Instrument, weil er den explosionsartigen Anstieg der Kosten für Wohnraum nur vorläufig hätte dämpfen können. Schon lange bevor die Gerichte ihn kippten, hatten Vertreter aus SPD, Linkspartei und Grünen klar gemacht: Verlängert werden sollte er ohnehin nicht. Dass die Justiz diese Maßnahme abschmettert, zeigt deutlich den Zweck des kapitalistisch organisierten Wohnungswesens. Wohnraum ist Ware; es geht ausschließlich um die Erwirtschaftung von Profiten. Sogar in der Pandemie und trotz des kurzlebigen „Mietendeckels“ konnten die Immobilienkonzerne ihre Gewinne fast ungeschmälert einfahren. Nun werden sie die ausgesetzten Mietsteigerungen und „Fehlbeträge“ aus abgesenkten Mieten noch zusätzlich kassieren. Doch trotzdem hat für die Parteien im Abgeordnetenhaus Vorrang, dass privat oder von Kapitalgesellschaften finanzierte Wohnungen hochgezogen werden, um sich mit angeblichen Erfolgen im Wohnungsbau zu schmücken. Die Zahlen fertiggestellter Wohnungen hinken dabei den eigenen proklamierten Zielen hoffnungslos hinterher. Das Ergebnis sind neben der weiteren Verdichtung bereits existierender Wohngebiete vor allem Eigentumswohnungen, „Townhouses“ für Reiche und Neubaumieten um 25 Euro pro m². Solche einzig am Profit ausgerichteten Mietpreise sind für normale Menschen unbezahlbar. Währenddessen werden diejenigen, die ihre Miete nicht mehr zahlen können,

immer mehr. Tausende werden jedes Jahr zwangsgeräumt und auf die Straße geworfen. In der Zeit des ersten „Corona-Lockdowns“ war diese Praxis kurzzeitig ausgesetzt, doch jetzt wird dieses brutale Vorgehen fortgesetzt.

Eine Überwindung der Wohnungsnot und der überteuerten Mieten ist nur durch eine Politik gegen die Macht der Großkonzerne zu erreichen, die mit der Profitmacherei Schluss macht. Die Bevölkerungsmehrheit unserer Stadt braucht viele neue, gute und bezahlbare Mietwohnungen. Das wird nur möglich durch eine große stadtplanerische Bauinitiative des Senats für kommunale Wohnungen auf öffentlichem Grund und Boden.

Die Wohnhäuser sowie der Grund und Boden gehören in öffentliche Hand, und Steuergeld hierfür auszugeben ist allemal sinnvoller, als es privaten Investoren wie Deutsche Wohnen, Vonovia oder Akelius hinterher zu werfen. Große Immobilienunternehmen und private Grundstücksspekulanten müssen enteignet werden – ohne Entschädigung! Aus der Enteignungsdebatte darf keine „Entschädigungsdebatte“ werden. Sollten bürgerliche Gerichte in die Situation kommen, Entschädigungssummen festlegen zu müssen, droht wie beim „Mietendeckel“ auch einmal mehr der Goldene Handschlag für Immobilienkonzerne und Spekulanten. Die „Entschädigungssumme“ wäre nichts anderes als ein hoher Kaufpreis – Business as Usual und kein qualitativer Unterschied zur bereits bestehenden teuren Rückkaufpraxis des Senats. Die Schlange der Wohnungssuchenden wird dadurch nicht kleiner und die Vermögen der Immobilienkonzerne größer. Letztere sparen sich nämlich auch noch die Sanierung jener Immobilien, die sie vor Jahren zum Spottpreis in gutem Zustand kauften, aus denen sie jahrelang Profite mit der Miete sowie vernachlässigter Instandhaltung zogen und die nun in den meisten Fällen sanierungsbedürftig sind.

Berlins Arbeitersiedlungen aus den 1920er Jahren zeigen, dass auch im Kapitalismus preiswerter und guter Wohnraum geschaffen werden kann. Der Bau durch öffentliche Träger wurde damals aus Steuergeldern der Banken und Konzerne finanziert. In der DDR war das Wohnungswesen staatlich, genossenschaftlich und auch privat – vor allem gab es aber keine Bodenspekulation. Das Grundrecht auf Wohnen stand nicht nur in der Verfassung, sondern wurde auch realisiert – es gab keine Obdachlosigkeit. Binnen weniger Jahre entstanden ganze Stadtteile wie Marzahn. Die Mietpreise in den Neubauwohnungen waren niedrig. Berlin hat gezeigt, dass Wohnen anders geht – im Kapitalismus und erst recht im Sozialismus. Wir Kommunisten fordern folgende unmittelbare Maßnahmen:

Ein kommunales Wohnungsbauprogramm mit jährlich 30.000 neuen und guten Wohnungen, die dem Bedarf der Bewohner entsprechen!

Den raschen Ausbau des öffentlichen Bodenfonds in Verbindung mit einer stärkeren Baulandmobilisierung. Hierfür auch Enteignung von Brachflächen und anderen Spekulationsobjekten.

Verbot der Umwidmung und Zweckentfremdung von Wohnungen, unabhängig von der Eigentumsform. Verbot von Eigenbedarfskündigungen und Zwangsräumungen!

Schaffung einer staatlichen Wohnraumvermittlung, die notfalls einen Wohnungseigentümer zur Vermietung und zur Aufnahme bestimmter Mieter zwingen kann.

Enteignung ohne Entschädigung – keinen Cent für Deutsche Wohnen und Co!

Festlegung einer niedrigen allgemein verbindlichen Mietobergrenze.

Ein wirksames Mitspracherecht von Mieter- und Beschäftigtenvertretungen in allen kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen.

Ein bedingungsloses Wohnrecht für alle in der Stadt lebenden Menschen!

Für eine nachhaltig ökologische Verkehrspolitik

Mobilität ist ein Grundrecht für alle, das nur durch ein dicht ausgebautes, bezahlbares öffentliches Verkehrsangebot garantiert werden kann. Gerade in der Pandemie wurde deutlich, welche Bedeutung der öffentliche Nahverkehr für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner hat. Eine nachhaltige Verkehrswende erfordert den weiteren Ausbau des Verkehrsnetzes bis ins Umland, kurze Wege durch wohnortnahe Infrastruktur und Arbeitsplätze und parallel dazu eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Dazu gehört außerdem der Ausbau von barrierefreien und attraktiven Gehwegen, Überquerungshilfen und von Anlagen für den Radverkehr.

Die Fahrpreise in Berlin für Bus, Straßenbahn, S-Bahn, U-Bahn und die Bahn ins Umland gehören zu den höchsten in Deutschland. Auch das verschärft die Lage der sozial Benachteiligten. Öffentlicher Nahverkehr darf nicht unter der Vorgabe, Rendite zu erwirtschaften,

betrieben werden. Öffentlicher Nahverkehr, das ist öffentliche Daseinsvorsorge – für die Menschen und nicht für den Profit!

Die DKP steht für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) als vorrangige Verkehrsmittel in Berlin. Hierzu sind stillgelegte Strecken zu reaktivieren und das Straßenbahnnetz auf Westberlin auszudehnen.
Ausschreibungen von Verkehrsleistungen bedeuten Lohndumping, Verschlechterung des Angebots und verursachen höhere Kosten. Das ist auch die schlimme Perspektive für die S-Bahn in Berlin, die ihr der „rot-rot-grüne" Senat zugedacht hat. Die DKP fordert dagegen den Erhalt einer einheitlichen Berliner S-Bahn und den Abbruch der Ausschreibung von S-Bahn-Strecken.
Das Land Berlin soll sich für die Umwandlung der Deutschen Bahn AG in ein öffentlich-rechtliches Unternehmen einsetzen.

Die DKP Berlin fordert eine drastische Reduzierung der Preise des ÖPNV und strebt die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs durch die Berlinerinnen und Berliner an.
Die Pandemie hat gezeigt: Es sind zu wenig Züge im Einsatz. Kürzere Taktzeiten sind erforderlich, um in weniger vollen Zügen auch das Fahren angenehmer und sicherer zu machen.
Es gilt den gesamten Umweltverbund zu fördern, sodass möglichst viele Wege durch umweltverträgliche Verkehrsmittel zurückgelegt werden können – neben dem ÖPNV insbesondere der Fahrrad- und Fußverkehr.

Der Autobahnbau in Berlin und damit die weitere Stadtzerstörung muss definitiv beendet werden.

Die notwendigen tiefen und umfassenden Maßnahmen im Verkehrswesen sind auch ein wirksamer Schritt hin zu einer ökologischen Verkehrspolitik.
Sie schaffen die Voraussetzungen und geben positive Anreize, vom eigenen Auto auf den öffentlichen Nahverkehr umzusteigen.

Sie führen zur Reduzierung des Ausstoßes von Schadstoffen und tragen damit sowohl zur Gesundheit der Menschen als auch zum Kampf gegen Umweltzerstörung und Klimaerwärmung bei.

Gesundheit als Ware – das ist doch krank!

Die Gesundheit ist für alle von existenzieller Bedeutung. Gesundheit zur Ware zu machen und sie damit der Privatisierung und Gewinnmaximierung zu unterwerfen, trifft vor allem die Lohnabhängigen. Die Corona-Pandemie hat bestehende Probleme weiter verschärft. Aber auch vor der Pandemie sind die Bundesländer ihren Verpflich-

tungen zur Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser nur ungenügend nachgekommen. Auch vor der Krise gab es in den Krankenhäusern zu wenig Personal, waren die Löhne zu niedrig und die Arbeitsbelastung zu hoch. Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten der Charité und der anderen Berliner Kliniken für Entlastung und gegen Outsourcing von Leistungen.

Beispiel: Der Krankenhauskonzern Vivantes mit seinen über 17.000 Beschäftigten. Vor der Konzerngründung im Jahr 2001 waren die Beschäftigten Angestellte im öffentlichen Dienst und hatten verhältnismäßig gute Arbeitsbedingungen. Dadurch konnten sie für die Patienten eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sichern. Doch die damalige von der SPD angeführte Regierung folgte dem Druck der Monopole, auch die Krankenhäuser der Kapitalverwertung zu unterwerfen, und gründete aus den städtischen Krankenhäusern Vivantes als eine zwar landeseigene, aber eben doch profitorientierte GmbH. Seitdem geht es mit den Arbeitsbedingungen und Löhnen der Beschäftigten sowie mit der Qualität der Dienstleistungen bergab. Jahrelang wurden die Investitionskosten der Krankenhäuser trotz gesetzlicher Verpflichtung nicht vom Senat gedeckt. Diese mussten dafür stattdessen Teile der eigentlich für die Patientenpflege vorgesehenen Fallpauschalen in Anspruch nehmen – was zu sinkenden medizinischen Standards führte. Zusätzlicher Druck, um Löhne und andere Ausgaben zu senken, entsteht durch die Schuldenbremse, in deren Folge die Bundesländer ausgeglichene Haushalte aufweisen müssen. Zudem hat der „rot-rot-grüne“ Senat Krankenhausschließungen beschlossen – eine Kostensenkungsstrategie, bei der der SPD-Politiker Karl Lauterbach ganz vorne mit dabei war. Ein aktueller Fall des Zurückfahrens von wohnortnaher Gesundheitsversorgung: die Verlagerung eines bedeutenden Teils des Wenckebach-Klinikums von Tempelhof nach Schöneberg.

Unsere Gesundheit darf nicht der Profitlogik ausgesetzt und als Ware behandelt werden. Wir streben eine am Gemeinwohl orientierte hochwertige öffentliche Gesundheitsinfrastruktur an, die zudem für alle gut erreichbar sein muss.

Hierfür können die Erfahrungen des Gesundheitssystems der sozialistischen DDR genutzt werden, das aufgrund des geringen Sozialbeitrages für alle kostenlos war. Deshalb fordern wir:

Bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich. Alle Krankenhausbeschäftigten erhalten außerdem einen Pandemie-Zuschlag.

Mehr Personal, um die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zu verringern und die Qualität der Behandlungen für die Patienten zu erhöhen.

Weg mit den Fallpauschalen! Für eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser und des Personals!

Alle Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand! Schluss mit Krankenhausschließungen! Keine Schließung des Vivantes Wenckebach-Klinikums in Tempelhof! Schluss mit Privatisierungen, Ausgliederungen und Konsolidierungen zu Lasten der Beschäftigten und Patienten!

Für ein hochwertiges und soziales Bildungswesen – Schüler, Studierende und Lehrkräfte in den Mittelpunkt stellen

Die Schülerinnen und Schüler sind spätestens ab der 6. Klasse im Hinblick auf den Wechsel an eine Oberschule durchgehend bis zum Schulabschluss einem erdrückenden unproduktiven Wettbewerb unterworfen, der ihrer Persönlichkeitsentwicklung und ihrer Gesundheit schadet. Diese Folgeerscheinung der kapitalistischen Konkurrenz trifft insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien. Hinzu kommt: Gerade in ihren Kiezen stehen die am weitesten verfallenen, aufgrund von Teilsperrungen überbelegten Schulgebäude, in denen die sachlichen Voraussetzungen für kind- und jugendgerechte Freizeitangebote im Ganztagsbetrieb nicht vorhanden sind. Der Widerspruch zwischen Arm und Reich trifft die Kinder der am schlechtesten bezahlten sowie der erwerbslosen Arbeitenden mit voller Wucht. Zugleich forcieren die Herrschenden eine Verschulung der Universität. Damit verfolgen sie das Ziel,

den Anteil der kurzfristig wirtschaftlich verwertbaren Forschung und Lehre zu maximieren. Eine kritische Wissenschaft dagegen, die der ganzen Gesellschaft – und nicht nur den Konzernen – nützlich ist, bleibt dabei auf der Strecke, ebenso die Studierenden.

Seit zwanzig Jahren haben die verschiedenen Berliner Landesregierungen – stets mit der SPD an der Spitze – die Mittel für einen kindgerechten Schulbetrieb genauso wie für einen hochwertigen akademischen Betrieb untergraben. Beispiel: Sie zogen die angebliche Sanierung der Staatsfinanzen der notwendigen Erhaltung der Schulgebäude vor. Damit bauten sie zwar einen kleinen Teil der Staatsschulden ab, dies jedoch um den Preis von Infrastrukturschäden in Milliardenhöhe. Im Endeffekt sind die Kosten für die aufgeschobenen Reparaturen viel höher. Mit der von ihnen selbst eingeführten „Schuldenbremse" als Begründung will der Senat für viele Schulen Bau- oder Sanierungsverträge im Privatrecht abschließen – die dann zu Horrorpreisen gemietet werden sollen, mit Verträgen über 30 Jahre Dauer! Die fortschreitende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat wie bei den Lehrkräften auch bei Erzieherinnen und Erziehern zu einem dramatischen Personalmangel in Horten und Kitas geführt.

Immer weniger Zeit für die Kinder, Mehrarbeit durch die Einarbeitung von nicht voll qualifiziertem Personal und stressbedingte Berufskrankheiten sind die Folge. Um die Arbeit in der frühkindlichen Bildung und Erziehung attraktiver zu machen, müssen die Gehälter der unteren Gehaltsgruppen massiv steigen. Wertschätzung der Arbeit muss auf dem Gehaltskonto sichtbar sein! An den Universitäten sieht die Lage, etwa bei Akademikern ohne Lehrstuhl, ähnlich schlecht aus: Prekäre Arbeitsverhältnisse, also Teilzeit- und befristete Stellen sind die Norm. Daher fordern wir:

Eine durchgehende staatliche Gemeinschaftsschule mit 13 Schuljahren zum Abitur.

Die Überführung von Privatschulen und Gymnasien in nichtselektive Schulformen, die allen Kindern offenstehen.

Schluss mit der Deckelung der Bildungsausgaben in den Bezirkshaushalten.
Aufhebung des Rahmenvertrages mit der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE zum Bau neuer Oberschulen nach Privatrecht. Stattdessen soll ein staatliches Amt für Schulbau gegründet werden mit der Aufgabe, eine Schulbauoffensive mit Bauzeiten von maximal zwei Jahren pro Schule zu starten.

Der Berliner Senat muss sich dafür einsetzen, dass Akademiker ohne Lehrstuhl sichere, gut entlohnte und familienfreundliche Arbeitsbedingungen bekommen.

Die Verschulung der universitären Lehre muss rückgängig gemacht und dem kritischen Geist der Lehrkräfte sowie Studierenden muss genug Freiraum gelassen werden.

Den sozialen Widerstand stärken – DKP wählen!

Im Zuge von Wirtschaftskrise und Pandemie versuchen Konzerne und Politik, die Kosten bei den auf ihre Arbeitskraft angewiesenen Menschen abzuladen. Um im (weltweiten) Konkurrenzkampf nicht zurückzufallen, müssen sie ihre Profite weiter erhöhen. Für ihre antisoziale Agenda versuchen sie, die Solidarität unter den Lohnabhängigen zu verhindern.

Im Zeichen der angeschlagenen ökonomischen und ideologischen Vorherrschaft des „Westens" über den Rest der Welt erhöhen USA und EU ihre außenpolitische Aggressivität – mit gewaltiger Aufrüstung, Wirtschaftssanktionen und militärischem Druck an den Grenzen Russlands und zunehmend auch Chinas. Die Bundesregierung trägt diese Konfrontationspolitik aktiv mit. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten, damit ganz Berlin eine Stadt des Friedens wird – wie es die Hauptstadt der DDR (z.B. mit dem Weltfriedensrat 1979) bereits einmal war.

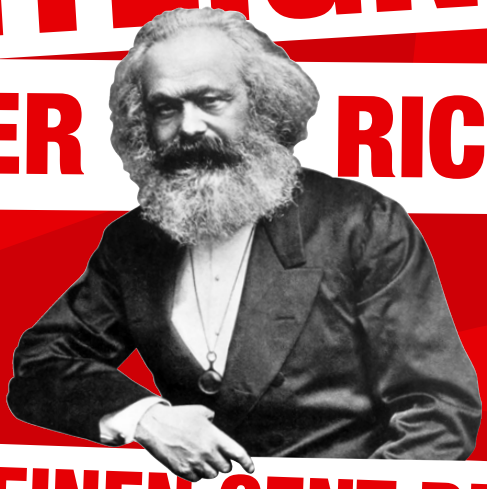
Für diese Strategie der Spannung benötigen die Regierungen die Zustimmung und Bereitschaft „ihrer" Bevölkerung. Ihre Dauerpropaganda fügt sich ein in den Aufbau einer geschlossenen Heimatfront. Die Beschränkungen während der Pandemie werden genutzt zum medienwirksam inszenierten Einsatz der Bundeswehr im Innern, zur Ankündigung und Umsetzung weiterer Aufrüstungspläne und zum Demokratieabbau. In Berlin wehren sich verschiedene Organisationen, Initiativen und Bewegungen gegen die kapitalfreundliche antisoziale Politik des Berliner Senats, zum Beispiel Zusammenschlüsse von Mietern, Gewerkschaften, antifaschistische Initiativen, Migrantenverbände und Friedensinitiativen. Die DKP beteiligt sich nach ihren Möglichkeiten an diesen Kämpfen mit dem Ziel, diese zu stärken und miteinander zu verbinden. Wir verweisen dabei auf den Grundwiderspruch, der in unserer Gesellschaft alle anderen Widersprüche prägt: der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Oder anders gesagt: der Widerspruch zwischen dem unaufhörlichen

Streben nach privatem Profit im Konkurrenzsystem auf der einen Seite – und auf der anderen Seite der Wunsch nach einer Gesellschaft, die den Menschen ein solidarisches Leben in sozialer Sicherheit und unter Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ermöglicht / dem ein vernünftiger „Stoffwechsel mit der Natur“ (Karl Marx) zugrunde liegt. Solange das kapitalistische System nicht beseitigt ist, sind alle schwer erkämpften Erfolge gegen die Kapitallogik erst einmal nur Atempausen: Der Mietendeckel, die Verhinderung von Personalabbau zum Beispiel im Krankenhaus, die Lohnerhöhung, der Stopp des Autobahnbaus, das Zurückdrängen faschistischer Umtriebe, der Erhalt des Jugendzentrums, die Senkung der Kindergartengebühren, das Verbot von Zwangsräumungen bei Mietschulden ... Aber wir sehen im Kampf für die Verbesserung der Lebensumstände immer auch die Möglichkeit, das Kräfteverhältnis zwischen den Menschen, die von ihrer Arbeit leben, und dem Kapital zugunsten der ersteren zu verändern. Allein durch Wahlen werden die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verbessert werden. Die herrschende Politik ist im Kapitalismus zuerst und immer wieder der Logik des Kapitals unterworfen, egal, wie „links“ sich die regierenden Parteien auch geben oder selbst wahrnehmen. Wir erwarten von diesen Parteien keinerlei substanzielle Verbesserungen. Wohl aber reichen wir allen fortschrittlichen Kräften jenseits von Parteigrenzen die Hand, um gemeinsam mit den arbeitenden Menschen unsere Ziele zu erreichen. Um radikalen sozialen Fortschritt zu verwirklichen, kommt es darauf an, die Kräfte des sozialen Widerstandes sowohl innerhalb, vor allem aber außerhalb des Abgeordnetenhauses zu stärken.

V.i.S.d.P.:T.Püschel, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin / www.dkp-berlin.info

ENTEIGNEN

ABER RICHTIG!



KEINEN CENT DEN

IMMOBILIEN-KONZERNEN

DIE KRISE HEISST KAPITALISMUS!

DKP

Deutsche Kommunistische Partei